



Brauchtum!

Dem GVV Burgenland sei Dank dürfen auch heuer zu Ostern landauf, landab die Brauchtumsfeuer gezündet werden. Eine Ausnahme vom Verbrennungsverbot macht's möglich.

Seite 2

Bessere soziale Absicherung von BürgermeisterInnen plus 8-Punkte-Katalog:

Österreichs Kommunen fordern 1,5 Mrd. Euro

Seite 4



Landeshauptmann Hans Niessl (4. v. l.) gab bei der Auftaktveranstaltung in Müllendorf vor rund 600 Besucherinnen und Besuchern den Startschuss für die Öffnung und Verbreiterung der SPÖ Burgenland. In der vollbesetzten Halle schwor der SPÖ-Vorsitzende vor einem jungen Publikum seine begeisterten FunktionärInnen auf noch mehr Bürgernähe und Offenheit ein: „Wir müssen weiterhin mit aller Macht dafür arbeiten, dass der Erfolgsweg des Burgenlands weitergeht. Und wir müssen auch neue Ideen, neue Ansätze zulassen. Aus diesem Grund werden wir – ganz im Geiste Bruno Kreiskys – eine umfassende Öffnung der Partei einleiten. Die Sozialdemokraten Burgenland laden alle Burgenländerinnen und Burgenländer dazu ein, ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen!“, so Niessl in seiner Ansprache. Foto: Erich Janzso / SPÖ

*Der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Burgenland,
Bgm. Ernst Schmid, und sein Team wünschen allen Gemeindevertreterinnen und
Gemeindevertretern
ein gesegnetes Osterfest!*

Kommentar



Mag. Herbert
MARHOLD
LGF
GVV Burgenland

*Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!*

Wir ihr alle wisst, steigen die Ertragsanteile heuer – nach katastrophalen Werten 2009 und 2010 – wieder an. Das heißt, die Gemeinden haben einnahmenseitig im Vergleich zum Vorjahr wieder ein sattes Plus bei den Ertragsanteilen. Durch das derzeit geltende FAG werden die Gemeinden unter 10.000 Einwohner überproportional bevorzugt. Da es im Burgenland 170 von 171 Gemeinden gibt, die unter 10.000 Einwohner haben, sind wir hier gut unterwegs. Daher ist die jetzt beschlossene Verlängerung des derzeitigen FAG bis 2014 für das Burgenland kein Problem.

Die andere Seite sind die Ausgaben. Sie steigen weiter. Vor allem im Sozialbereich – und hier hauptsächlich im Bereich Pflege. Der jetzt beschlossene Pflegefonds, der mit knapp 700 Millionen Euro dotiert und zu zwei Drittel vom Bund finanziert wird, wird die Gemeinden in diesem Bereich deutlich entlasten. Kommt alles so wie vorgesehen und von den verantwortlichen Politikern vermeldet, ist die Einführung dieses Pflegefonds ein Meilenstein für die Gemeinden.

Aber dieser Pflegefonds ist nur ein Baustein im Gefüge. Weitere Maßnahmen werden folgen. In der Steiermark wird gerade ein enormes Sparpaket von der Landesregierung in die Tat umgesetzt, das massive Einschnitte auch im Bereich der Kommunen vorsieht. Im Burgenland sind – aufgrund der Struktur und der finanziellen Lage – derart massive Einschnitte nicht notwendig. Dennoch wird auf allen Ebenen intensiv über Effizienzsteigerungen nachgedacht. Im Bereich des Rettungswesens, im Bereich der Sozialkosten und auch im Gemeindegewaltswesen gibt es Arbeitsgruppen, die von Vertretern des Landes, der Gemeinden und der zuständigen Organisationen besetzt werden. In Kooperation und Begleitung des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) werden wir schon bald die ersten Ergebnisse präsentieren können.

Mag. Herbert Marhold

Auf Anregung des GVV Burgenland: Brauchtumsfeuer „gerettet“

Ausnahmen vom Verbrennungsverbot

Am 19.08.2010 trat die Novelle des Bundesluftreinhaltegesetzes in Kraft (BGBl. I Nr. 77/2010). Dieses Bundesgesetz regelt das Verbrennen von Materialien außerhalb von Anlagen. Es können mittels einer bundeslandspezifischen Verordnung zeitliche und räumliche Ausnahmen vom Verbot des Verbrennens biogener Materialien festgelegt werden. Da die Begutachtungsfrist des Entwurfes der Bgld. Verbrennungsverbots-Ausnahme-Verordnung (VVAV) abgelaufen ist und die eingegangenen Stellungnahmen eingearbeitet wurden, trat die Verordnung nun in Kraft. Umweltlandesrätin Verena Dunst dazu: „Mir war es wichtig, einerseits die noch gute Luftqualität des Burgenlands für die nächsten Generationen zu sichern – und andererseits die Verbrennungsverbots-Ausnahmen, die vom Bundesgesetz für die Verordnung vorgesehen sind, auch tatsächlich in der Verordnung umzusetzen, damit neben den für das Dorfleben wichtigen Brauchtumsfeuern unter anderem auch das Verbrennen von schädlingbefallenem Rebabschnitt erlaubt ist. Die Vermeidung einer Bürokratisierung war bei Erstellung der Verordnung ebenso im Fokus.“

Der Gemeindevertreterverband begrüßt die rasche Erlassung einer solchen Verordnung durch das Land.



Osterfeuer dürfen im Burgenland weiterhin stattfinden.

Foto: zVg

GVV-Präsident Schmid: „Wir haben auf diese Problematik hingewiesen. Durch die Erlassung der angesprochenen Verordnung wird den Gemeinden nun viel Bürokratie erspart. Das Land hat schnell reagiert, sodass alle Brauchtumsfeuer, gerade jetzt bei den kommenden Osterfeierlichkeiten, gesichert sind. Hier konnten wir als Gemeindevertreter schnell und effizient Ergebnisse für unsere Gemeinden erreichen!“

Ausnahmen vom Verbrennungsverbot laut VVAV

Generell ist das Verbrennen von biogenen Materialien (Materialien pflanzlicher Herkunft, insbesondere Stroh, Holz, Rebholz, Schilf, Baum- und Grasschnitt, Laub) außerhalb von bestimmten Anlagen verboten, außer:

Ausnahmen laut § 3 (1) BLRG

Verbrennen im Freien im Rahmen von Übungen zur Brand- und Katastrophenbekämpfung

- Grillfeuer
- Lagerfeuer
- Abflammen im Rahmen biologischer Landwirtschaft
- Verbrennen in schwer zugänglichen alpinen Lagen

Ausnahmen laut Bgld. VVAV

- schädlings- und krankheitsbefallene Materialien – unter bestimmten Voraussetzungen
- Räuchern im Obst- und Weingartenbereich
- Brauchtumsfeuer (wie Osterfeuer, Sonnwendfeuer und Wintersonnfeuer)
- Rebholz in schwer zugänglichen Lagen im Monat April
- Stroh auf Stoppelfeldern – unter bestimmten Voraussetzungen

Verstoß gegen das Verbrennungsverbot

Bei Nichteinhaltung des Verbots ist mit der Einleitung von Strafverfahren bei den Bezirksverwaltungsbehörden zu rechnen.



*Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!*

Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2012

Im Herbst 2012 stehen für unser Land und vor allem für unsere Gemeinden wichtige Wahlen an: Die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2012, die aller Wahrscheinlichkeit nach Anfang Oktober stattfindet.

Sie wird das Gesicht des Landes für die darauf folgenden fünf Jahre prägen. Es werden jene Politikerinnen und Politiker gewählt, die in unmittelbarem Kontakt zum Bürger stehen und für diesen wie keine anderen Politiker verantwortlich sind.

Der Gemeindevertreterverband Burgenland hat sich in der Vergangenheit bemüht, dem gestiegenen Informationsbedürfnis der Gemeinden entgegen zu kommen. Wir haben sukzessive unsere Service und Schulungstätigkeiten ausgebaut, unser Design und unseren öffentlichen Auftritt verbessert, liefern heute mehr Information und stehen über unser Büro immer mehr im direkten Kontakt mit den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die unser Service auch gut annehmen. Wir wollen, wie in den letzten Jahren schon praktiziert, noch enger an die Probleme der Gemeinden heranrücken und diese

schnell und effizient Lösungen zuführen.

Unsere Bemühungen auf allen Ebenen sollen dann auch im Herbst 2012 Früchte tragen. Wir wollen gemeinsam mit allen SPÖ-Funktionärinnen und Funktionären ein gutes Ergebnis für die SPÖ, für den GVV und vor allem für die Burgenländerinnen und Burgenländer erreichen.

Ich als Präsident bin stolz, dass unsere 88 SPÖ Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, unsere 105 Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeister und unsere 1.549 Mandatarinnen und Mandatare trotz der Tatsache, dass die Gemeinden in den letzten zwei Jahren mit massiven finanziellen Einbußen kämpfen mussten, hervorragende Arbeit geleistet und ihre Gemeinden gut verwaltet haben.

Laut Erhebungen liegen Burgenlands Kommunen im Bereich Lebensqualität ganz vorne. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis harter und konsequenter Arbeit unserer Verantwortlichen auf Gemeindeebene. Die Bevölkerung stellt den Kommunalpolitikern des Burgenlands deshalb ein gutes Zeugnis aus.

Die SPÖ hat gezeigt, dass sie im kommunalen Bereich die unangefochtene Nr. 1 im Land ist. Wir haben heute einen sehr hohen Stand an Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und der GVV hat 89 Mitgliedsgemeinden und ist damit der größte kommunale Interessensvertreter im Land.

Diese klare Spitzenposition ist eine große Verantwortung. Wir müssen uns doppelt und dreifach anstrengen, um diesen hohen Stand zu halten.

Viele Gemeinden in Österreich sind – neben den Auswirkungen der Wirtschaftskrise – auch in finanzielle Turbulenzen gekommen, weil durch fehlende Infrastruktur die Betriebsansiedelungen ausgeblieben sind. Im Burgenland konnte dieser Trend durch die gute und seriöse Arbeit unserer Gemeindeverantwortlichen deutlich abgeschwächt werden. Wir haben Bürgernähe, soziale Verantwortung und einen gesunden Umgang mit den Haushaltsmitteln vorexerziert und damit die Bevölkerung überzeugt, dass wir gute Arbeit leisten. Daher ist es wichtig, dass wir diesen erfolgreichen Weg weiter gehen und die konse-



**Bürgermeister
Ernst SCHMID,
Präsident des
GVV Burgenland**

quente Arbeit auf kommunaler Ebene fortsetzen! Wir wollen auch in Zukunft ein Höchstmaß an Lebensqualität und sozialer Wärme.

Wir werden als GVV Burgenland alles unternehmen, um unsere Funktionärinnen und Funktionäre auf diesem Weg zu unterstützen. Es gibt bereits die Gemeindeforschungen, die Aufschluss über die Situation in den einzelnen Gemeinden geben.

Menschen wählen Menschen. Deshalb ist es wichtig, dass wir als SPÖ die besten und geeignetsten Kandidatinnen und Kandidaten in unseren Reihen haben, damit wir für die Wahlauseinsetzung im Oktober 2012 gerüstet sind. Wir blicken positiv in die Zukunft, denn eines ist sicher: Unsere Gemeinden werden hervorragend verwaltet und das merken die Burgenländerinnen und Burgenländer. Das wollen wir auch in Zukunft gewährleisten. Der GVV ist bereit, mit Euch gemeinsam diese Herausforderungen zu meistern!

Euer



Günther Kräuter (links) und Bernhard Müller

Foto: SPÖ

Kommunen fordern 1,5 Milliarden EURO

Während SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ein Fairnesspaket zur besseren sozialen Absicherung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern verlangt, präsentiert Wiener Neustadts Bürgermeister Bernhard Müller in seiner Funktion als Vorsitzender des kommunalpolitischen Referats, einen umfangreichen Forderungskatalog für Österreichs Kommunen.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert ein Fairnesspaket zur besseren sozialen Absicherung von Österreichs Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Es geht um sozialrechtliche Mindeststandards wie die Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit. Kräuter: „Wir fordern sozialrechtliche Mindeststandards für Gemeindeverantwortliche. Es geht auch um ein gesellschaftspolitisches Signal an den Bürgermeisternachwuchs in den Kommunen, der unter dem Druck der leeren Kassen eine ganz besondere Verantwortung zu übernehmen haben wird“, so Kräuter bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bernhard Müller, Bürgermeister von Wiener Neustadt und Vorsitzender des Kommunalpolitischen Referats der SPÖ.

Kräuter schlägt unter anderem die Einbeziehung der Bürgermeister in das so genannte Überbrückungshilfegesetz

vor. „Das wäre einfach möglich, bei verschwindend geringen Anlassfällen ein kaum merkbarer finanzieller Aufwand, aber ein wichtiges Gebot der Fairness“, so Kräuter. Eine Ausnahme der Bürgermeister von den Ruhensbestimmungen würde die arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen der einschlägigen Bestimmungen nicht tangieren.

Forderungskatalog für Österreichs Gemeinden

Müller machte in seinem Statement hingegen auf die desaströse finanzielle Situation der österreichischen Kommunen aufmerksam. „Unter den jetzigen Vorzeichen werden bereits in zwei Jahren 90 % aller Gemeinden nicht mehr ausgeglichen budgetieren können“, so Müller.

Als Gegenmaßnahmen fordert er 1,5 Milliarden Euro für Österreichs Kommunen, einen aufgabenorientier-

ten Finanzausgleich und eine klare Landeszuständigkeit für die Bereiche Pflege und Gesundheit. Für den Bereich Kinderbetreuung sollen hingegen die Kommunen verantwortlich sein.

Auch eine Offensive zur Unterstützung freiwilliger Gemeindezusammenlegungen kann sich Müller vorstellen. Entsprechende Beispiele gäbe es bereits in der Steiermark und in Niederösterreich. Weiters soll ein Transferkonto sichtbar machen, in welchen Bereichen die Gemeinden finanziell beteiligt sind.

Müllers Katalog

1. ein „Transferkonto“ wie von der Regierung kürzlich im Sozialbereich eingeführt, um zu sehen, wie viel Geld die Kommunen nach „oben“ abliefern und wie viel sie tatsächlich von „oben“ bekommen.
2. einen aufgabenorientierten Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Künftig darf es nur ein Prinzip geben: „Wer befiehlt, zahlt; und wer zahlen muss, entscheidet mit.“
3. eine umfassende Verwaltungs- und Finanzreform von Bund, Ländern und Gemeinden
4. eine Offensive für freiwillige Gemeindezusammenlegungen und engere interkommunale Zusammenarbeit unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger.
5. 1,5 Milliarden mehr für Kommunen seitens des Bundes.
6. Weg mit den Doppelgleisigkeiten und klare Aufgabenteilung: Übernahme der Sozial- und Gesundheitsausgaben durch die Länder, Kindergärten zu den Kommunen; gesonderte, neue strukturelle Lösung des Themas „Pflege“, da dies der größte Kostentreiber ist.
7. Belastungsstopp bei den Transferzahlungen an die Länder. Föderalismus kann nicht bedeuten, dass eine Ebene der nächsten die Defizite weitergibt. Vorschlag: Transferzahlungen dürfen nur in demselben Ausmaß steigen wie die Ertragsanteile.
8. Grundsteuerreform, wobei kurzfristig eine Valorisierung sinnvoll wäre, mittelfristig aber ein modernes System eingeführt werden muss, da weltweit die Grundsteuer höher ist als in Österreich. Abschaffung der Befreiung bei Grundsteuer und Kommunalsteuer.



IST DAS DIE ZUKUNFT?

GEMEINDEAMT



Bürgermeisterin
Inge Posch-Gruska
Hirm

Städte und Gemeinden sorgen für Trinkwasser, Kinderbetreuung, Straßenbau uvm. - Infrastruktur, die wir täglich brauchen. Das ist in Gefahr!

Deshalb fordern wir Kommunen endlich ausreichend Geld für den Dienst an den Menschen.



Erfolgskurs im Tourismus des Burgenlands geht mit Rekordwerten weiter:

2010: 2,9 Millionen Nächtigungen

LH Hans Niessl: „Der sechste Nächtigungsrekord im Burgenland in Folge ist ein gemeinsamer Erfolg aller Partner – zu denen ganz wesentlich auch die burgenländischen Gemeinden zählen!“

Jetzt ist es offiziell: Das Burgenland hat 2010 laut der Tourismusstatistik des Landes über 2,9 Millionen Nächtigungen und damit einen neuen Rekordwert erreicht. „Mit einem Plus von 1,5 Prozent im Vergleich zum Jahr davor war 2010 das bislang erfolgreichste Jahr in der Geschichte des burgenländischen Tourismus. Wir haben damit zum sechsten Mal in Folge einen Höchststand erzielt – und das noch dazu in einem wirtschaftlichen Krisenjahr. Das ist ein gemeinsamer Erfolg aller Tourismuspartner – mit Unterstützung einer

zukunftsorientierten Förderpolitik“, so LH Hans Niessl.

Mit 2.911.034 Nächtigungen wurde der bisherige Rekordwert von Nächtigungen 2009 (2.866.984) noch getoppt.

Regional betrachtet fiel das Plus in der Region Rosalia mit 20,9 % am stärksten aus; dahinter folgen die Region Güssing (+5,5) und die Region Neusiedler See (+1,5). Einbußen gab es im Mittelburgenland (-1,2), Oberwart (-0,7) und Jennersdorf (-5,9).

„Der burgenländische Tourismus hat sich als krisenfest erwiesen. Wir

haben nicht nur – mit den ‚Säulen‘ Wellness, Sport, Natur und Kulinarik – den richtigen Angebotsmix gefunden, sondern auch vernünftig in die Infrastruktur investiert. Das schlägt sich in einem nachhaltigen Aufwärtstrend nieder, der uns von den meisten anderen Bundesländern abhebt“, so Niessl. Die neuen Schwerpunkte im Tourismus und der konsequente Ausbau der touristischen Infrastruktur, die mit der Sankt Martins Therme ein weiteres touristisches Leitprojekt aufweist, seien – auch und ganz wesentlich dank der beteiligten Gemeinden – der richtige Weg.

Turboschub für den Tourismus durch Qualität

„Die vergangenen 10 Jahre sind wohl die erfolgreichste Ära im Burgenland Tourismus – nicht nur aufgrund der Nächtigungszahlen, sondern ganz besonders auch was den qualitativen Fortschritt betrifft.“

Das Burgenland hat sich in diesen 10 Jahren – und das in allen Teilen des Landes – zu einer Ganzjahresdestination entwickelt.“

Der neue Rekord sei aber kein Grund, „sich jetzt zurückzulehnen“: „Wir haben im Tourismus neue Wege eingeschlagen, die konsequent weitergegangen werden.“ betont Niessl. ◆



Will 2011 drei Millionen Gäste-Nächtigungen: LH Hans Niessl Foto: zVg

TRAININGSABO AB
19⁹⁹ mtl.

DEINE FITNESS.
DEIN SPASS.
DEINE BASE.

**FIT
BASE**
FITNESS FOR EVERYONE

Bundesstraße 50 | 7210 Mattersburg
tel: +43 (0) 2626 | 635 21, e-mail : info@fitbase.at

Gemeindebund: Dworak folgt Schmid

Der Bürgermeister der niederösterreichischen Stadt Ternitz, LABg. Rupert Dworak, wurde kürzlich zum neuen 2. Vizepräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes gewählt. Dworak folgt in diesem Amt dem Präsidenten des sozialdemokratischen GVV im Burgenland, Oggau Bürgermeister Ernst Schmid nach.

*Österreichischer Gemeindebund:
Rupert Dworak (links) folgt auf
Ernst Schmid (rechts)*

Insgesamt besteht die politische Führungsspitze des Gemeindebundes nun aus Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer, seinem ersten Vizepräsidenten LABg. Bgm. Mag. Alfred Riedl und dem neuen 2. Vizepräsidenten Rupert Dworak.

Der 49jährige Dworak ist seit 2004 Bürgermeister von Ternitz, seit 2008 Präsident des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes Niederösterreichs. Seit 2003 vertritt er die SPÖ als Abgeordneter im NÖ-Landtag.

Die Neuwahl, die kürzlich im Rahmen des Bundesvorstands erfolgte, war notwendig geworden, weil der bisherige zweite Gemeindebund-Vize, Bgm. Ernst Schmid, seine Funktion im Österreichischen Gemeindebund zurückgelegt hatte. Die Wahl Dworaks erfolgte einstimmig.

Rupert Dworak: „Ich freue mich über das einstimmige Votum und darüber, dass ich jetzt Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebunds sein darf. Mir ist klar, dass ich als sozialdemokratischer Bürgermeister und Präsident die Interessen aller 2.357 Gemeinden Österreichs zu vertreten habe. Aufgrund der schwierigen Situationen unserer Kommunen sind nun wirklich



alle Kräfte zu bündeln, um überfraktionell zusammenzuarbeiten. Ich bin davon überzeugt, dass die sozialdemokratische Fraktion beim Bemühen, dass die Gemeinden wieder gesunden, eine wesentliche und starke Rolle spielen wird. Damit es wieder aufwärts geht.“

Gemeindebund-Chef Mödlhammer freut sich über die Wahl Dworaks und spricht seinem Vorgänger Anerkennung und Respekt aus: „Ernst Schmid hat diese Funktion hervorragend ausge-



füllt. Ihm gilt unser Dank und unser großer Respekt. Der Zusammenarbeit mit Rupert Dworak sehe ich sehr zuversichtlich entgegen. Es war uns ist eine Stärke des Gemeindebunds, dass es bei uns keine parteipolitischen Vorbehalte gibt. Im Interesse der Gemeinden arbeiten ÖVP- und SPÖ-Vertreter in der Führungsspitze des Gemeindebunds ausgezeichnet zusammen.“



Naturschutzbeirat: Vorsitzender Loos bestätigt

In seiner ersten Sitzung nach der Landtagswahl hat sich kürzlich der Naturschutzbeirat des Landes Burgenland neu konstituiert. Als Vorsitzender wurde einstimmig SPÖ-Landtagsabgeordneter Josef Loos bestätigt, der diese Funktion schon seit 2001 innehat. Loos, als Bürgermeister der Nationalpark-Gemeinde Illmitz ausgewiesener Fachmann in Umweltfragen, will den erfolgreichen burgenländischen Weg im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes fortsetzen: „Mehr als 30 Prozent der Landesfläche stehen unter Natur- und Landschaftsschutz. Dem Burgenland ist es in den letzten Jahren gelungen, sich als Vorbild in Österreich zu etablieren.“

Die hohe Umweltqualität des Burgenlandes sei auch Grundlage für den anhaltenden Aufschwung im Tourismus, so Loos: „Wir haben uns erfolgreich als Tourismusregion positioniert, die im Einklang mit der Natur wächst.“ Um

diesen Kurs nicht zu gefährden, werde sich der Naturschutzbeirat bei drohenden Umweltproblemen zu Wort melden.

Loos verweist als aktuelles Beispiel auf die geplante Reststoffdeponie Neudorf/Parndorf: „Dieses Unsinn-Projekt soll mitten in einem Natura 2000-Gebiet und nahe dem Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel realisiert werden. Ein von LH Niessl beauftragtes Gutachten belegt, dass die derzeitigen Bescheide für das Betreiben dieser Deponie möglicherweise auf mangelhaften Untersuchungen beruhen. Wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, um diesen Anschlag auf den Natur- und Umweltschutz zu verhindern!“



Rettungseuro 2011 fixiert: 6,60

Laut Bgld. Rettungsgesetz sind die Gemeinden für den örtlichen Rettungsdienst zuständig. Im Burgenland hat sich zwischen dem Land und den Gemeinden ein Mischsystem etabliert, bei dem beide Partner jeweils 50% der gesamten Kosten tragen.

Darin enthalten sind der örtliche und der überörtliche Rettungsdienst, das Notarztwesen sowie die Versorgung per Helikopter. Der sogenannte „Rettungseuro“, also jener Betrag den

die Gemeinden sowie das Land pro Einwohner zu gleichen Teilen jedes Jahr zahlen, wird vom Rettungsbeirat für jeweils ein Jahr festgelegt.

Es gab seit Jahresbeginn laufend

Gespräche zwischen Land, Städtebund, Gemeindebund, GVV Burgenland sowie den anerkannten Rettungsorganisationen, um für 2011 den Rettungseuro festzusetzen.

Ausgehend vom derzeitigen Rettungsbeitrag von 5,82 Euro pro Einwohner und Jahr, zu zahlen vom Land und von den Gemeinden, wurde aufgrund der Berechnungen des KDZ bzgl. Auswirkungen der Gesetzesreform und anderer Faktoren (0,283 Cent für 4 Notfallsanitäter neu, 0,083 Cent aufgrund der Zivildienerrückstellung neu, 0,036 Cent Mineralölsteuer neu, 0,377 Cent VPI Anpassung) für 2011 ein Mehrbetrag von 221.520 Euro für die Gemeinden oder 0,78 Cent Erhöhung des „Rettungseuro 2011“ ermittelt. Daher wurde mit Beschluss in der Rettungsbeiratssitzung vom 21.02.2011 ein „Rettungseuro 2011“ von 6,60 Euro festgelegt. Mit diesem Betrag sind der örtliche und überörtliche Rettungsdienst, der Einsatz von Notarztwagen und die Flugrettung abgedeckt.



Foto: zVg

Im Notfall zur Stelle - auch dank des „Rettungseuros“: Der Rettungshelikopter

Gemeindetag 2011 in Kitzbühel



GVV – www.gvvbgld.at – sowie unter www.gemeindetag.at abrufbar.

Für die Fahrt nach Kitzbühel wird der GVV Burgenland bei mehr als 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

kostenlos einen Bus zur Verfügung stellen. Sollte Interesse für einen Bustransfer bestehen, so wird gebeten, sich bis spätestens 1. Mai 2011 mit Name, Adresse und Telefonnummer unter elisabeth.wenzl@spoe.at anzumelden.

Am 9. und 10. Juni 2011 findet in Kitzbühel der 58. Österreichische Gemeindetag statt.

Nachdem das Burgenland 2005 die Ehre hatte, diesen Event in Oberwart durchzuführen, wollen wir seitens des Sozialdemokratischen GVV auch unsere Freunde in Tirol unterstützen und auf diese größte kommunalpolitische Veranstaltung aufmerksam machen. Wir laden daher herzlich alle auf kommunaler Ebene im Burgenland tätigen Funktionäre der SPÖ ein, diese Veranstaltung in Kitzbühel zu besuchen.

Die Kosten für eine Teilnahme betragen 110,- Euro pro Person. Alle Informationen rund um den Gemeindetag 2011 sind auf der Homepage des



GRAND TOURS

SONDERKONDITIONEN für die GdG-KMSfB



Last Minute..., Ultra Last Minute..., First Minute..., Aktionen...

Die aktuellsten und günstigsten Angebote Österreichs ab sofort unter:

www.grandtours.at

Dazu gibt es folgende Grand Tours SONDERKONDITIONEN:

Mitglieder buchen Ihren Privaturlaub zu folgenden Sonderkonditionen:

- ★ GdG-KMSfB - Sonderpreise !
 - ★ Keine Anzahlung !
 - ★ Tiefstpreisgarantie !
 - ★ Keine Buchungsgebühren !
- ★ Bezahlung nach Erhalt der Reiseunterlagen !
- ★ Gratis Wochenende für 2 Personen im 4 ★ -Hotel in der Thermenregion nach der 4. Buchung !

Anmeldungen, Buchungen, Anfragen, Infos unter:

www.grandtours.at

office@grandtours.at

Tel.: 03358-2033

Liszt-Gedenkmedaille

LR Helmut Bieler und Münze Österreich-Vorst.-Dir. Mag. Gerhard Starsich präsentieren die Gedenkmedaille in Silber

Der 200. Geburtstag von Franz Liszt wird im Burgenland mit einem großen Konzertangebot, mehreren facettenreichen Ausstellungen, einem spannenden Kinderprogramm sowie unterschiedlichsten Veranstaltungen und Publikationen gefeiert. Die Münze Österreich stellte anlässlich des Jubiläumjahres „Lisztomania 2011“ eine Gedenkmedaille in Silber her.

Diese Münze wurde von Kulturlandesrat Helmut Bieler und Münze Österreich-Vorstandsdirektor Mag. Gerhard Starsich in Wien präsentiert.

„Die Sonderanfertigung der Gedenkmedaille knüpft an die erfolgreiche Zusammenarbeit im Haydn-Jahr 2009 an, in dem die 50-Euro-Goldmünze Joseph Haydn in der Serie ‚Große Komponisten‘ produziert wurde“, betonte Kulturlandesrat Helmut Bieler die erfolgreiche Zusammenarbeit. Die Vorderseite der Münze zeigt den Virtuosen nach einem Foto von Franz Hanfstaengl, Deutschlands bedeutendsten Fotografen und Freund von Franz Liszt, in München im Oktober 1858. Auf der Rückseite ist das



Geburtshaus von Franz Liszt im mittelburgenländischen Raiding zu sehen.

Die Medaille ist seit 20. Jänner 2011 in den Verkaufsräumlichkeiten der Münze Österreich bzw. in ausgewählten Museumsshops im Burgenland, wie dem Haydn-Haus in Eisenstadt, dem Landesmuseum Burgenland, dem Lisztzentrum Raiding und im Besucher-Servicecenter der Kultur-Service Burgenland zum Preis von 15,00 Euro erhältlich.

Homepage-Aktion der LEADER-Aktionsgruppe Nordburgenland plus

„Der Aufbau bzw. die Neugestaltung einer Gemeinde-Website wird mit bis zu 5.000 Euro gefördert. Damit wollen wir unseren Mitgliedsgemeinden in den Bezirken Mattersburg, Eisenstadt und Neusiedl die Chance geben, sich im Internet zeitgemäß und nutzerfreundlich zu präsentieren. Ab sofort führen unsere Mitarbeiter Beratungsgespräche mit den Bürgermeistern durch, um sie über diese Förderung zu informieren“, erläutert LAbg. Christian Illedits.



Präsentierte das Gesundheitsbarometer Burgenland: Landesrat Dr. Peter Rezar

Gesundheitsbarometer

Die Burgenländerinnen und Burgenländer sind mit dem Gesundheitssystem sehr zufrieden – das ergab eine Befragung des Instituts für Strategieanalysen (ISA), die im Auftrag des Burgenländischen Gesundheitsfonds (BURGEF) durchgeführt wurde.

Ziel der telefonischen Befragung war es, Basisdaten über die Einstellungen und Meinungen der burgenländischen Bevölkerung ab 16 Jahren zur Gesundheitsversorgung in ihrem Bundesland zu erheben. Kritik gab es vor allem bei den Wartezeiten und bei der

Versorgung durch Fachärzte.

„Die Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem ist im Burgenland sehr groß. Rund neun von zehn Personen sind entweder sehr oder etwas zufrieden. Das ist sehr erfreulich und auch sehr wichtig. Wichtiger für die Planung und Sicherung der Gesundheitsversorgung ist allerdings die Kenntnis jener Bereiche, in denen es Unzufriedenheiten und Kritikpunkte gibt. Gerade die Kritikpunkte geben uns wichtige Hinweise für die Planung und Kommunikation“, sagt Gesundheitslandesrat und BURGEF-Vorsitzender Dr. Peter Rezar bei der Präsentation des aktuellen Gesundheitsbarometers Burgenland. ♦

DAS HIGHLIGHT DES JAHRES

Die neue
**BEWAG
BONUS
WELT**

Über
**100 x im
Burgenland**

Die neue BEWAG Bonuswelt bringt Ihnen jetzt noch mehr Vorteile und ein übersichtliches Tarif- und Servicesystem: Mit den Bonuspunkten, dem 24^h Pannendienst oder den Vergünstigungen unserer Partnerunternehmen. Holen Sie sich Ihre Bonuswelt – bei einem unserer 100 BEWAG Servicepartner, in Ihrer Nähe in unseren sieben Kundencentern, auf www.bewag.at oder unter 0 800 / 888 9000.

BEWAG. WIR SIND ENERGIE.

BEWAG

Dorferneuerung Wulkaprodersdorf

Wulkaprodersdorf erhielt in der Kategorie „Errichtung von ortsbildgerechten Siedlungsanlagen“ den Burgenländischen Dorferneuerungspreis

Anstelle eines unbewohnten Streckhofes errichtete die Neue Eisenstädter Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgesellschaft (NE) eine Reihenhau-sanlage im Ortskern von Wulkaprodersdorf. Großzügige Freiflächen sowie die Schaffung eines traditionellen „Durchhauses“ der nicht nur die individuelle Nutzung der Reihenhau-sanlage durch die Bewohner sondern auch durch Fußgänger und Radfahrer gewährleistet, prägen das nun mit dem Burgenländischen Dorferneuerungspreis ausgezeichnete Projekt. „Ziel der Dorferneuerung ist es, die Vielfalt dörflicher Lebensformen und Siedlungsstrukturen sowie den individuellen Charakter der Dörfer zu bewahren“, betonte Landesrätin Verena Dunst anlässlich der Preisverleihung.

Die Dorferneuerung hat ganz wesentlich zur steigenden Lebensqualität, zur Attraktivität der burgenländis-



Foto: BLMS

Dorferneuerungspreis - v. l.: Bgm. Haller, LRⁱⁿ Dunst, NE-GF Mittelmeier

chen Gemeinden beigetragen. Ziel der Dorferneuerung ist es, die Dörfer und ländlichen Regionen zu stärken. Dabei werden Maßnahmen gefördert, die zu mehr Lebensqualität in den Gemeinden führen. „Ziel dabei ist es, die Vielfalt dörflicher Lebensformen und Siedlungsstrukturen sowie den individuellen Charakter der Dörfer zu bewahren. Dabei geht es nicht nur darum, strukturelle Mängel in Bausubstanz und Versorgung zu beheben, sondern auch Impulse für soziale und kulturelle Eigeninitiativen auszulösen. Der Dorferneu-

erungsprozess stärkt durch die starke Einbindung der Bevölkerung die Kommunikation untereinander und trägt so auch zur Stärkung der dörflichen Identität bei. Kommunikation und das Miteinander sind zentrale Punkte in der Dorferneuerung. Denn durch die intensive Einbindung der Bevölkerung wird in die richtige Richtung gelenkt“, so Dunst abschließend.

Detaillierte Informationen zur umfassenden Dorferneuerung im Burgenland gibt es auf

www.zukunftburgenland.at



Preisgekrönte Wohnarchitektur

Fusion BEWAG/BEGAS

Wie den Medien entnommen werden konnte, wird eine Fusion der beiden Energiedienstleister BEWAG und BEGAS angestrebt. Grundsätzlich sollen damit Synergieeffekte genutzt, Kosten reduziert und insgesamt eine strategische Verbesserung erzielt werden, da BEWAG und BEGAS zusammen auf dem wettbewerbsintensiven Energiemarkt bessere Chancen haben.

Eine Zusammenführung kann nur dann funktionieren, wenn die Gemeinden ihre Anteile an der BEGAS (insgesamt 51 %) an das Land Burgenland verkaufen. Dazu müssten in 110 Gemeinden jeweils Gemeinderatsbeschlüsse gefasst werden.

Auch das Präsidium (Vertreter aller 7 Bezirke) des GVV Burgenland hat

sich in einer außerordentlichen Sitzung mit dieser Thematik beschäftigt. Man ist übereingekommen, dass ein Verkauf der Anteile der Gemeinden empfohlen werden kann, wenn es sich um ein akzeptables Angebot handelt.

Eine Frage, die in diesem Zusammenhang viele GemeindevertreterInnen beschäftigt, ist jene nach den zu erwartenden Erlösen aus einem möglichen Verkauf der BEGAS Energie AG Anteile. Nachdem derzeit noch keine Bewertungen auf dem Tisch liegen, wäre es unseriös, Aussagen darüber zu machen. Sobald Bewertungen und konkrete Zahlen vorliegen, wird es weitere Informationen seitens des GVV geben.



Müllverband ruft zur Flurreinigung auf!

Wie in den Vorjahren, wollen wir uns auch heuer wieder ganz bewusst mit dem Thema Littering, dem achtlosen Wegwerfen in der freien Natur, beschäftigen. Als Auftakt soll im 1. Halbjahr 2011 wieder eine groß angelegte, möglichst flächendeckende Flurreinigung im ganzen Burgenland durchgeführt werden, so die BMV-Verantwortlichen, Neo-Obmann Bgm. Dr. Leonhard Schneemann (unten) und



BMV-Obm. Leonhard Schneemann

Obmann-Stv., LTAbg. Mag. Werner Gradwohl.

Alle Gemeinden sind eingeladen, sich daran zu beteiligen. Wie schon 2010 stellt der Burgenländische Müllverband auch heuer zum Pauschalpreis von 400,- Euro pro Gemeinde einen 15 m³-Sperrmüllcontainer für die Entsorgung des gesammelten Mülls zur Verfügung. Mit diesen 400,- Euro sind alle Kosten für die Gemeinde abgegolten. Die restlichen Entsorgungskosten werden vom BMV getragen.

Wir treten daher wieder mit der Bitte an alle Gemeinden heran, diese Aktion zu unterstützen und in der eigenen Gemeinde evtl. in Zusammenarbeit mit Vereinen und anderen Organisationen im Frühjahr 2011 eine Flurreinigungsaktion durchzuführen (Zeitraum 1. März bis 30. Mai).

Falls auch Sie sich mit Ihrer Gemeinde an dieser Aktion beteiligen wollen, so bitten wir Sie, sich so rasch wie möglich mit uns in Verbindung zu setzen. Für etwaige Rückfragen unsererseits nennen Sie uns bitte die Kontaktperson, die in Ihrer Gemeinde für



Dorferneuer ob alt – an der Flurreinigungsaktion des BMV beteiligen sich Jahr für Jahr viele umweltbewusste Menschen Foto: BMV

die Abwicklung der Flurreinigung zuständig ist. Bitte geben Sie uns die gewünschten Daten so bald wie möglich bekannt. Der 15 m³-Container wird Ihnen von unserem Tochterunternehmen Umweltdienst Burgenland GmbH zum gewünschten Termin zugestellt.

Sollten Sie noch Fragen dazu haben, so steht Ihnen unsere Abteilung Öffentlichkeitsarbeit unter dem Mülltelefon 08000/806154 zum Nulltarif gerne zur Verfügung. Wir hoffen auf eine recht zahlreiche Teilnahme. ♦

Andau: Bürgermeister bietet der Polizei Räume an

Gelbmann: „Polizei-Dienststelle muss erhalten bleiben!“

Andaus Bürgermeister, Matthias Gelbmann, will die geplante Schließung des Polizeidienstpostens in seiner Gemeinde abwenden. Die Gemeinde werde daher dem Innenministerium geeignete Räumlichkeiten für die Polizei anbieten, gibt Gelbmann bekannt: „Damit würde das wohl wesentliche Argument für den Abzug der Polizei, die Betriebs- und Erhaltungskosten für das derzeitige Dienstgebäude, wegfallen. Ich habe auch den Gemeindevorstand von diesem Vorhaben informiert.“

Der Polizeiposten in Andau müsse im Interesse der Sicherheit in der Gemeinde unbedingt erhalten bleiben, betont der Bürgermeister: „Immerhin liegen die nächsten Polizeidienststellen 13 (Halbtorn) bzw. 15 Kilometer (Pamhagen) entfernt. Für eine Gemeinde mit rund 2.500 Einwohnern ist es unzumutbar, dass es keine Exekutive in unmittelbarer Ortsnähe geben soll.“

Andau habe durch den Grenzübergang in seinem Ortsgebiet das zweithöchste Verkehrsaufkommen im Bezirk Neusiedl nach Nickelsdorf, argumentiert Gelbmann. Der

Polizeiposten in Andau sei nie eine ausschließliche Grenzdienststelle, sondern immer mit dem vollen Aufgabenbereich einer Polizeiinspektion betraut gewesen. „Unser Posten spielt daher auch bei der Verkehrsüberwachung eine wichtige Rolle“, so der Bürgermeister.

„Ich hoffe, dass das Innenministerium auf unser Angebot eingeht. Die Andauer Bevölkerung hat kein Verständnis dafür, dass auf Kosten ihrer Sicherheit gespart werden soll“, so Bgm. Gelbmann.



Andaus Bürgermeister, Matthias Gelbmann



Landtagspräsident Gerhard Steier mit den ER-Prüfteam Edita Īiobienė, Marieke Sanders-Ten Holte (Niederlande) und Gjergj Sinani (Albanien) sowie Mag. Johann Muskovich, Verfassungsdienst des Amtes der Burgenländischen Landesregierung, Landesschulinspektorin Mag. Edith Mühlgaszner und Kindergarteninspektorin Cornelia Berlakovich.

Foto: BLMS

Minderheitenschutz

Das Burgenland ist ein sicheres Bundesland, das österreichweit eine der höchsten Aufklärungsquoten verzeichnet. Um diesen Status mit Blickrichtung auslaufender Assistenzensatz aber auch in Zukunft gewährleisten zu können, wird in den kommenden Wochen und Monaten unter dem Motto „Sicheres Burgenland“ ein umfassendes Gesamtkonzept erarbeitet werden.

**LT-Präs.
Gerhard
Steier
empfängt
Delegation
des
Europarats**



Die Prüfung der rechtlichen und politischen Angemessenheit der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten obliegt dem „Beratenden Ausschuss“. Dem Prüfteam gehörten Edita Īiobienė (Litauen), Marieke Sanders-Ten Holte (Niederlande) und Gjergj Sinani (Albanien) an. Unterstützt wurde das Prüfteam von Charlotte Altenhöner-Dion vom Sekretariat des Europarats und zwei Dolmetschern.

Am Programm des Prüfteams standen Besuche beim Verein Roma und dem Burgenländisch-Ungarischen Kulturverein in Oberwart, des Ungarischen Medien- und Informationszentrums in Unterwart sowie des Burgenländisch-Kroatischen Kulturvereins und des Kroatischen Kultur- und Dokumentationszentrums in Eisenstadt.

Den Abschluss bildete ein Arbeitsgespräch im Landhaus mit Landtagspräsident Gerhard Steier, Mag. Johann

Muskovich, Verfassungsdienst des Amtes der Bgld. Landesregierung, Landesschulinspektorin Mag. Edith Mühlgaszner sowie Kindergarteninspektorin Cornelia Berlakovich.

Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten

Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten – <http://www.coe.int/minorities> – ist für Österreich am 1. Juli 1998 in Kraft getreten. Es enthält völkerrechtlich verbindliche Grundsätze zum Schutz nationaler Minderheiten und verpflichtet die Staaten zu Maßnahmen des Schutzes und der Förderung. Mit diesem Rahmenübereinkommen sollte ein europaweiter Standard für die Rechte der Volksgruppen geschaffen werden. Die Überwachung der Durchführung des Rahmenübereinkommens obliegt dem Ministerkomitee des Europarats, das die Angemessenheit der nationalen Umsetzungsmaßnahmen beurteilt. Hierzu haben die Vertragsstaaten dem Europarat „vollständige Informationen über die Gesetzgebungsmaßnahmen und andere Maßnahmen, die sie zur Verwirklichung der in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze getroffen haben“, zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck verfassen die Vertragsstaaten in regelmäßigen Abständen Staatenberichte.

Auf Basis des Staatenberichts, eines Besuchs im Vertragsstaat sowie von Informationen von Nichtregierungsorganisationen, Medienberichten etc. erstellt der „Beratende Ausschuss“ nach dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten einen Prüfbericht. Schließlich mündet der Prüfungsvorgang in eine Resolution des Ministerkomitees des Europarats mit Empfehlungen an den Vertragsstaat.

Das Übereinkommen legt Grundsätze im Bereich des öffentlichen Lebens für Angehörige nationaler Minderheiten fest, wie das Recht, sich friedlich zu versammeln und sich frei zusammenzuschließen, die freie Meinungsäußerung, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit und den Zugang zu den Medien. Weiters werden Freiheitsrechte, was den Gebrauch der Sprache, das Bildungswesen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit usw. angeht, dargelegt.



Österreich hat das Europarat-Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten samt Erklärung ratifiziert (BGBl. Nr. 120/1998) und sich zur Abgabe von Staatenberichten verpflichtet. Aufgrund des dritten österreichischen Berichts war der zuständige „Beratende Ausschuss“ auf Arbeitsbesuch im Burgenland.

mehr

URLAUB machen ...

f FACEBOOK-FAN
werden und
Urlaub in der
St. Martins Therme & Lodge
gewinnen!!!

... **STATT
TEUER
HEIZEN!**



BEGAS

... wir ^{mehr als} geben **GAS.**

Mit **Erdgas & Solar** steht erprobte Technik **zu günstigen Betriebs- und Investitionskosten** zur Verfügung!
Die gesamten jährlichen Kosten sind mit einem Erdgas-Brennwertgerät am niedrigsten!

Entscheiden Sie sich für eine moderne und effiziente Heizung...und gönnen Sie sich **einen Urlaub mehr im Jahr!** Alle Informationen finden Sie auch auf www.begas.at



PSK 90.175.000 BLZ 60000

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Spendenerlagscheine in allen Filialen von Bank Austria, BAWAG PSK und Post AG.



Die Volkshilfe dankt dem Verlag für den kostenlosen Abdruck.

WIR PRODUZIEREN

**ZEITUNGEN
MAGAZINE
FILME
WERBUNG**

**PUBLIC RELATIONS
SONDERPROJEKTE
WEBSOLUTIONS**

für

**Städte + Gemeinden
Verbände + Vereine
Gewerbe + Handel + Industrie**

MEDIA & MARKETING

**Manfred Murczek
2491 Neufeld • Lisztg. 2
02624 / 521 02
0676 / 610 62 97
murczek@aon.at**

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvbgld.at

Redaktion: Media & Marketing

Manfred Murczek
Lisztgasse 2, 2491 Neufeld/L.

Herstellung: DANEK Grafik • Repro • Druck

Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein

P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M